

Der Vorsitzende rief zunächst die **Änderungsliste der Verwaltung** zum Haushaltsplanentwurf 2007 (Seiten 11/12 der Tischvorlage) zur Beratung auf und schlug vor, an dieser Stelle die Position Kreisumlage -allgemein- von der Abstimmung auszunehmen, da hierzu Änderungsanträge von Kreistagsfraktionen vorlägen und diese später gesondert behandelt würden. Es bestand Einvernehmen, so zu verfahren.

Der Finanzausschuss fasste den folgenden Beschluss:

„Der Finanzausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Kreistag zu empfehlen, den in der Änderungsliste der Verwaltung zum Haushaltsplanentwurf 2007 vorgeschlagenen Änderungen mit Ausnahme der Position „Kreisumlage -allgemein-“ zuzustimmen.“

Einstimmig

Im Anschluss rief der Vorsitzende die vorliegenden **Änderungsanträge der Kreistagsfraktionen, Einzelabgeordneten und Empfehlungen der Fachausschüsse** (Übersicht ab Seite 13 der Tischvorlage) einzeln zur Beratung und Abstimmung auf.

Anmerkung des Schriftführers: Die **Abstimmungsergebnisse** hierzu sind in der **Anlage 4** der Niederschrift (**ab Seite xx der Niederschrift**) aufgeführt. Die Anlage ist insoweit Bestandteil der Niederschrift. Anträge, die in der Sitzung neu eingebracht oder abgeändert wurden, sind neben grundsätzlichen Wortbeiträgen nachfolgend protokolliert.

Zur lfd. Nr. 3, Haushaltsstelle 0220.5620.3 -Kosten der Aus- und Fortbildung-:

Abg. Hartmann erläuterte, vor dem Hintergrund des neuen Tarifrechts sollte ein deutlicher Akzent auf die Weiterbildung auch jenseits des NKF-Schulungsbedarfs gesetzt werden. Hierzu seien zusätzliche Mittel in den Haushalt einzustellen.

Abg. J. Becker vertrat die Auffassung, dass die im Haushaltsplanentwurf vorgesehenen Mittel ausreichend seien. Neben den finanziellen müssten auch die zeitlichen Kapazitäten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter berücksichtigt werden, die durch die erforderlichen NKF-Schulungen bereits stark gebunden seien.

Lfd. Nr. 4 – 11, Anpassung verschiedener Positionen (erwartete Mehreinnahmen / Berücksichtigung Jahresabschluss):

Abg. Hartmann zeigte sich verwundert, weil die Verwaltung bei einer Reihe von Positionen offenbar ungenau geplant und die Rechnungsergebnisse des Vorjahres nicht ausreichend beachtet habe. Zudem spiegelten diese Anträge von CDU und GRÜNEN den Vorsprung des Verwaltungswissens wider. Trotzdem werde die SPD-Kreistagsfraktion zustimmen, da Mehreinnahmen, soweit sie den Tatsachen entsprächen, zu begrüßen seien.

Abg. J. Becker entgegnete, es gebe an dieser Stelle keine genauen oder ungenauen Ansätze, weil bei der Haushaltsplanung immer auch Zukunftserwartungen eine wesentliche Rolle spielten. Von daher könne man allenfalls von pessimistischeren oder optimistischeren Ansätzen reden. Der Verwaltung sei kein Vorwurf zu machen, da sie lediglich in der aus ihrer Sicht gebotenen Weise vorsichtig geplant habe. Die Kreistagsfraktionen von CDU und GRÜNEN hätten sich nun auf eine etwas optimistischere Variante geeinigt, die in allen Fällen auch einzeln begründbar sei.

Abg. H. Becker bekräftigte, es sei völlig normal, dass der Kämmerer verschiedene Einnahmen vorsichtiger schätze, als die Politik dies an der ein oder anderen Stelle tue. Von daher gehöre es zum üblichen Prozedere, wenn diese Positionen im Rahmen der Haushaltsberatungen seitens der Politik angepasst würden.

Der Vorsitzende ließ sodann über die Anträge der lfd. Nr. 4 - 11 gemeinsam abstimmen.

Zur lfd. Nr. 13, Haushaltsstelle 4520.7184.6 -Zuschüsse Hilfe statt Strafe- wies Abg. Hauser darauf hin, dass es sich hier nicht um einen gemeinsamen Antrag des Jugendhilfeausschusses handele, sondern der Beschluss des JHA auf einen SPD-Antrag zurückgehe.

Zur lfd. Nr. 14, Haushaltsstelle 4700.7184.8 -Zuschuss für Insolvenzberatung-:

Abg. H. Becker teilte mit, nach nochmaliger Rücksprache mit dem externen Antragsteller gehe die Kreistagsfraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN davon aus, dass der Verwaltungsansatz auskömmlich sei. Daher werde der Antrag zurückgezogen.

Abg. Hartmann wies darauf hin, die SPD-Kreistagsfraktion erhalte ihren Antrag aufrecht, da zusätzliche Mittel an dieser Stelle sinnvoll seien.

Zur lfd. Nr. 16, Unterabschnitt 4820 -Beschäftigungsförderung-:

Abg. Hartmann erklärte, aufgrund der positiven Erfahrungen mit eigenen Anstrengungen im Bereich der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit solle unbeschadet der Zuständigkeit der ARGE ein Konzept insbesondere zur Unterstützung älterer Langzeitarbeitsloser erarbeitet werden. Die beantragten Mittel seien als Anschubfinanzierung zu verstehen.

Abg. Steiner merkte an, die Kreistagsfraktionen von CDU und GRÜNEN erarbeiteten gerade ein diesbezügliches Konzept, welches im nächsten Sozialausschuss vorgelegt werden solle. Die Umsetzung dieses Konzeptes könne aus dem vorhandenen Budget finanziert werden, weshalb eine zusätzliche Position im Haushalt entbehrlich sei.

Zu den lfd. Nr. 19, 19a und 20, Haushaltsstelle 5400.7181.1 -Zuschüsse an Beratungsstelle für Suchtkranke-:

Der Vorsitzende wies darauf hin, wie er bereits zu Beginn der Sitzung angemerkt habe, gebe es zu dieser Position einen gemeinsamen Antrag der Kreistagsfraktionen von CDU und GRÜNEN, der heute als Tischvorlage nachgereicht worden sei (vgl. Seite xx der Niederschrift).

Abg. H. Becker teilte mit, die Fraktionen von CDU und GRÜNEN hätten sich darauf verständigt, zur Erweiterung der Öffnungszeiten im Café Koko mit Fach- statt mit studentischen Hilfskräften zu arbeiten. Zudem solle auch die Beratung für Suchtkranke in diesem Bereich ausgeweitet werden. Insgesamt würden hierzu voraussichtlich zusätzliche Mittel in Höhe von 35.000,- € benötigt.

Der Vorsitzende machte darauf aufmerksam, dass die Mittel zur Finanzierung einer Fachkraft mit russischen Sprachkenntnissen nach dem Antrag von CDU und GRÜNEN bis Ende 2008 in den Haushalt einzustellen und mit einem Sperrvermerk zu Gunsten des Fachausschusses zu versehen seien.

Zu den lfd. Nr. 25 und 26, Haushaltsstelle 9002.0720.8 -Kreisumlage allgemein-:

Abg. Hartmann führte aus, es sei richtig, auf eine Erhöhung der Kreisumlage zu verzichten. Dies sei zwischen den Kreistagsfraktionen unstrittig, die Anträge zu dieser Haushaltsposition seien daher gleich lautend. Allerdings unterscheide man sich bei der Frage, wie dieses Ziel erreicht werden solle. Neben zu erwartenden Entlastungen an verschiedenen Stellen im Haushalt seien weitere eigene Konsolidierungsbemühungen erforderlich. Der von der Verwaltung vorgeschlagene Weg entspräche nicht den Vorgaben des Regierungspräsidenten, der verfügt habe, dass ein Kreis in einem Haushaltssicherungskonzept nicht nur auf der Einnahmenseite operieren dürfe, sondern auch die Ausgaben zu berücksichtigen habe.

Abg. J. Becker erklärte, nach intensiven Beratungen innerhalb der Fraktion sei man zu dem Ergebnis gekommen, auf eine Erhöhung der Kreisumlage zu verzichten. Die CDU habe gemeinsam mit den GRÜNEN ein ausgewogenes Konzept vorgelegt, welches auf verschiedenen Verbesserungen aufgrund

aktueller Prognosen, auf Mehreinnahmen im Rahmen des Strukturausgleichs der Hartz-Belastungen sowie auf der Veräußerung zusätzlicher Aktien beruhe. Hinzu komme ein Prüfauftrag an die Verwaltung, wie der nach diesen Konsolidierungsmaßnahmen verbleibende Altfehlbetrag durch Liegenschaftsveräußerungen gedeckt werden könnte. Andernfalls sei er in das nächste Haushaltsjahr zu übernehmen. Er sei erfreut, dass die SPD-Kreistagsfraktion im Rahmen der bereits erfolgten Abstimmungen zum Verkauf weiterer RWE-Aktien den CDU-Anträgen zugestimmt und nicht wie angekündigt den Verkauf des Gesamtbestandes aller Aktien beantragt habe.

Abg. H. Becker hielt zunächst fest, der Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises werde voraussichtlich wieder einen Haushalt ohne Umlagenerhöhung verabschieden, was insbesondere vor dem Hintergrund der Höhe der Umlage keineswegs selbstverständlich sei, wie der Blick in andere Nachbarkreise zeige. Es sei vernünftig, mit Weitblick und Augenmaß Vermögen des Kreises zur Haushaltskonsolidierung einzusetzen, gleichzeitig aber einen großen Teil des Aktienvermögens zu behalten. Trotz positiver Konjunkturdaten wisse niemand genau, wie sich die finanzielle Situation der Kommunen in den nächsten Jahren, vor allem im Hinblick auf die geplante Unternehmenssteuerreform, entwickeln werde. Jedoch seien für den Fall einer ungünstigen Entwicklung nunmehr auch zukünftig noch Vermögensreserven vorhanden, wodurch eine Umlagenerhöhung in den nächsten Jahren aller Voraussicht nach vermieden werden könne. An dieser Stelle sei auch darauf hinzuweisen, dass es diese Möglichkeiten nicht mehr gäbe, wäre der Kreistag in der Vergangenheit der immer wieder vorgetragenen Forderung der SPD-Fraktion, alle RWE-Aktien zu veräußern, gefolgt.

Abg. Finke teilte mit, auch die FDP-Fraktion stimme der Vermeidung der Umlagenerhöhung zu. Die Vorschläge zur Abdeckung des Altfehlbetrages seien allerdings sehr kurzfristig vorgelegt worden, so dass er heute nicht in allen Punkten zustimmen könne, obwohl er grundsätzlich damit einverstanden sei, mehr Aktien als bisher vorgesehen zu veräußern, da dies mit der seit Jahren von der FDP-Kreistagsfraktion vorgetragenen Forderung übereinstimme. Auch der Absicht, verbleibende Altfehlbeträge über eventuelle Veräußerungen von Liegenschaften des Kreises abzudecken, stimme er grundsätzlich zu. Die Alternative wäre aus seiner Sicht ein Vortrag des Altfehlbetrages in die NKF-Eröffnungsbilanz gewesen. Es gebe verschiedene Möglichkeiten, das gemeinsamen Ziel, den Kommunen zusätzliche Belastungen zu ersparen, zu erreichen.

Abg. Hartmann wies darauf hin, seine Fraktion habe den Antrag gestellt, die RWE-Aktien in einen Pensionsfonds einzulegen, der zukünftige Belastungen absichern solle. Dieser habe sich durch die Zustimmung zum Antrag von CDU und GRÜNEN, einen Teil der Aktien zum Zwecke der Haushaltskonsolidierung einzusetzen, nicht erledigt, weil die bisher beschlossene Teil-Veräußerung nur Bestandteil des Gesamtkonzepts der SPD sei. Darüber hinaus mache er darauf aufmerksam, dass es keinen Kreis gebe, in dem prozentual mehr Kommunen im Nothaushalt oder Haushaltssicherungskonzept seien als im Rhein-Sieg-Kreis. Dies passe in keiner Weise zu dem immer wieder vorgetragenen Argument des niedrigen Umlagesatzes. Hier liege ein deutlicher Widerspruch in der Argumentation vor.

Abg. J. Becker hielt fest, der Umfang der zu veräußernden Aktien sei unter den lfd. Nr. 22 und 23 abgestimmt worden. Diesen Beschlüssen habe die SPD zugestimmt, weitere Anträge zu dieser Haushaltsposition lägen nicht vor. Da die SPD-Kreistagsfraktion bisher gefordert habe, den überwiegenden Teil des Altfehlbetrages über Aktienverkäufe zu decken, sei nunmehr eine deutliche Abweichung von ihrer bisherigen Position festzustellen. Es sei im Übrigen auch deshalb sinnvoll, weiterhin Aktien mit einem Gegenwert von rd. 100 Mio € zu halten, weil der Kreis in etwa gleicher Höhe Kreditverbindlichkeiten habe, die diesem Vermögen zukünftig in der Bilanz gegenüberstünden.

Der Vorsitzende führte aus, die finanziellen Probleme der kreisangehörigen Kommunen seien nach seiner Auffassung eher in ihrer geringen Steuerkraft als in der Höhe der Kreisumlage zu sehen. Vor der Abstimmung über diese Haushaltsposition wies er darauf hin, in der Erläuterung zur lfd. Nr. 25 sei vermerkt, dass der Umlagesatz im Finanzplanungszeitraum bei 37,13% bleiben solle. Dies sei Bestandteil des Beschlusses und im Haushaltplan entsprechend zu ändern.

Zur lfd. Nr. 34, -Haushaltsbegleitbeschluss-:

Der Vorsitzende erläuterte, Ziffer 1 des Haushaltbegleitbeschlusses enthalte einen Prüfauftrag an die

Verwaltung, dessen Ergebnis in einer der nächsten Finanzausschusssitzungen aufzuarbeiten sei.

Abg. Hartmann begrüßte, dass auch das Thema Energieeinsparungen in den Fokus der politischen Arbeit gerückt werde. Zudem bat er um Auskunft, an welche Liegenschaften konkret gedacht werde.

Abg. P.-R. Müller fragte, ob es möglich sei, von der Verwaltung bis zur nächsten Finanzausschusssitzung eine Übersicht zu den in Frage kommenden Liegenschaften zu bekommen.

Kreiskämmerer Ganseuer antwortete, er gehe davon aus, dass auf der Basis des Prüfauftrags in der zweiten Jahreshälfte 2007 ein Ergebnis vorliege, welches dem Finanzausschuss zur Beratung vorgelegt werden könne.

Zur lfd. Nr. 35. -Fonds für Zukunft und Nachhaltigkeit-:

Abg. Hartmann erklärte, die SPD-Kreistagsfraktion sei der Auffassung, dass mit dem Aktienvermögen des Kreises ein nachhaltiger Beitrag zur Haushaltskonsolidierung geleistet werden könne. Die Aktien sollten daher veräußert und zur Abdeckung zukünftiger Belastungen in einen Pensionsfonds eingelegt werden.

Abg. J. Becker entgegnete, im Rahmen des NKF seien die zukünftigen Pensionslasten in Form einer Rückstellung ohnehin in die Bilanz einzustellen und würden in der Abwicklung auch hieraus bedient. Es mache vor diesem Hintergrund keinen Unterschied, ob in der Bilanz Vermögen in Form von Aktien oder in Form eines Fonds diesen Belastungen gegenüberstehe. Eine Umschichtung von Vermögenswerten bringe den Kreis bei der Frage, wie der laufende Pensionsaufwand gedeckt werde könne, nicht weiter. Daher halte er die Einrichtung eines solchen Fonds für entbehrlich.

Abg. H. Becker wies darauf hin, der laufende jährliche Pensionsaufwand sei durch entsprechende Erträge zu decken. Es sei aber nicht zu erwarten, dass aus einem Pensionsfonds ausreichend Erträge gezogen werden könnten, denn bei einer momentanen Verzinsung solcher Anlageformen von max. 3,5 % sei je nach Höhe der Einlage in den Fonds mit Erträgen in Höhe von allenfalls 3 Mio € jährlich zu rechnen. Er gehe davon aus, dass die jährlichen Pensionslasten deutlich höher sein werden. Darüber hinaus sei es äußerst fraglich, ob dieser Vermögenstausch rentierlich sei. Nach seiner Einschätzung könne zumindest derzeit aus den Aktien eine höhere Rendite als aus einem solchen Fonds erzielt werden. Hinzu komme die Frage, wie es sich steuerlich auswirke, wenn die Aktien nicht mehr von der RSVG gehalten würden. Er bitte die Verwaltung, zu diesen Fragestellungen eine kurze Einschätzung zu geben.

Kreiskämmerer Ganseuer erläuterte, im Kern gehe es um die Frage, ob aus einem Pensionsfonds oder aus dem Aktienvermögen eine höhere Rendite erzielt werden könne, denn nur die Rendite in Form von Zinserträgen oder Dividenden fließe als laufender Ertrag in die Ergebnisrechnung und könne zur Abdeckung des laufenden Pensionsaufwandes herangezogen werden. Aus den RWE-Aktien ziehe man derzeit eine Rendite von rd. 4,5 %; zudem habe der Konzern angekündigt, in den kommenden zwei Jahren deutlich höhere Dividenden auszuschütten. Die laufenden jährlichen Pensionsaufwendungen betrügen derzeit rd. 6 Mio €. Steuerlich seien aus einer solchen Vermögensumschichtung kaum Nachteile zu erwarten, da es aufgrund der Steuerreformen auch keine nennenswerten steuerlichen Vorteile mehr gebe. Es mache daher aus steuerlicher Sicht derzeit kaum einen Unterschied, ob die Aktien von einem Verkehrsbetrieb oder vom Kreis selbst gehalten würden.

Abg. Hartmann führte aus, die bilanziellen Fragestellungen seien nachrangig. Es gehe vielmehr darum, den aktuell hohen Wert des Aktienvermögens zu sichern, um es für spätere Belastungen verfügbar zu halten und damit handlungsfähig zu bleiben. Es sei nicht zu erwarten, dass die Kursentwicklung der RWE-Aktien langfristig so weitergehe wie in den letzten Jahren. Vor diesem Hintergrund mache die Umschichtung in einen Pensionsfonds als zukunftssichere Anlageform Sinn.

Zur lfd. Nr. 36. -Ausbildungsplätze-:

Der Vorsitzende schlug vor, diesen Antrag in den Personalausschuss zu verweisen, da er inhaltlich dort zu behandeln sei.

Abg. Hartmann war der Ansicht, die Verweisung in den Personalausschuss sei nicht erforderlich. Lediglich der Finanzausschuss könne die Mittel für zusätzliche Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen. Ohne dies könne der Landrat, auch wenn er wolle, keine neuen Stellen schaffen.

Abg. J. Becker beantragte die Verweisung dieses Antrages in den Personalausschuss.

Der Finanzausschuss fasste den folgenden Beschluss:

„Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 21.03.2007 zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze wird zur weiteren Beratung an den Personalausschuss verwiesen.“

MB ./ SPD

Im Anschluss an die Beratung der Einzelanträge und Empfehlungen der Fachausschüsse fasste der Finanzausschuss zur **Haushaltssatzung 2007 mit Haushaltsplan und Anlagen insgesamt** folgenden Beschluss: